

Opportunismus endgültig zu brechen, in der Partei einen strengen Zentralismus einzuführen, illegale Organisationen zu schaffen, Propaganda unter Soldaten und Bauern zu betreiben, den Sozialpazifismus zu entlarven, für unterdrückte Kolonien und Nationen einzutreten, Arbeiterorganisations gegenüber keine Abstinenzpolitik, sondern positive Revolutionierung in ihnen zu betreiben, und endlich die Beschlüsse der Internationalen als bindend anzuerkennen und nur Mitglieder zu bilden, die die Grundsätze der Internationalen nicht ablehnen. Wer es, wie die meisten Gegner dieser Bedingungen, nicht wagt, offen einzugehen, daß es die Grundsätze der Dritten Internationale sind, welche ihn ablehnen, der kann an diesen Bedingungen nichts Angreifbares finden, der muß sie übertreiben und verzerrten, um gegen sie Stellung nehmen zu können.

Es wird gesagt, die Kommunisten wollen von Moskau aus die Aktionen des Proletariats jedes Landes leiten, ohne die Verhältnisse dieses Landes richtig beurteilen zu können. Das wäre sicherlich gefährlichster Unfug, aber in den Bedingungen steht nur, daß die Beschlüsse der internationalen Kongresse und des Exekutivkomitees bindend sein müssen für alle angeschlossenen Parteien, was kein Unfug, sondern eine glatte Selbstverständlichkeit ist. Die Beschlüsse sind doch die Vertreter aller beteiligten Parteien und nicht die „Moskauer“. Es ist auch klar, daß z. B. bei einem Beschlusse über eine deutsche Aktion der Bericht des deutschen Delegierten über die deutschen Verhältnisse maßgebend sein wird, und es liegt auch in unserem Interesse, wenn andererseits auch deutsche Aktionen nicht nur die Lage in Deutschland, sondern auch die in der übrigen Welt berücksichtigen, über welche wieder die anderen Delegierten besser Auskunft erteilen können. Es soll ferner eine unerhörte Zumutung sein, zu verlangen, daß alle Propaganda von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden müssen, aber nur wenn man in der Uebertreibung so weit geht, unter Kommunisten nur Anhänger der K. P. D. zu verstehen, wird man das nicht für eine Selbstverständlichkeit halten. Die Bedingungen sollen angeblich eine Führerdiktatur fordern. Wer sie sorgfältig und nicht von irgend welchen Gesüßeln beherrscht prüft, wird finden, daß sie eine Befreiung der Partei von der Herrschaft opportunistischer Führer fordern und vor allem die notwendige Vereinigung von Demokratie und Disziplin, die wir gerade brauchen. Heute können unsere Redakteure und Führer vielfach eine Politik betreiben, die den Willensstundgebungen der Partei gerade entgegengesetzt ist und andererseits muß dann auch die Zentralleitung ohnmächtig zusehen, wie jeder Teil der Partei tut, was er will. Die Bedingungen hingegen verlangen nicht diktatorischen, sondern ausdrücklich und ausdrücklich „demokratischen Zentralismus“, d. h. Führer, die ihre Stellung dem Vertrauen der Parteimitglieder verdanken, scharf kontrolliert und wenn nötig, entfernt werden, keine Politik gegen die Grundsätze der Partei führen dürfen, sich dann aber auch darauf verlassen können müssen, daß jedes Parteimitglied und jede Parteiorganisation unbedingt Disziplin wahrt. Das ist hier noch nötiger als in Rußland, weil der komplizierte Apparat des Industriestaates unter den Folgen einer chaotischen und disziplinierten Massenerhebung viel katastrophaler leiden müßte als der Agrarstaat Rußland. Wie wenig die Bedingungen die Massen zugunsten der Führer vergewaltigen wollen, erhellt aus der Mahnung, sich bei der Entfernung unzuverlässiger Führer nicht „daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen“. Das sieht doch wahrhaftig nicht nach Führerdiktatur aus.

Ein sehr bewegliches Klagestübchen wird über die verlangten „Säuberungen“ angestimmt. Daß solche Säuberungen von Zeit zu Zeit sehr nötig und nützlich sind, wird niemand ernstlich bestreiten können, schon wegen der Provokateure, Spitzel und sonstigen unlauteren Elemente, die sich an revolutionäre Parteien besonders in Zeiten des Aufstieges heranmannen. Darauf kommt es an, nach welchen Gesichtspunkten gesäubert werden soll. Die Bedingungen verlangen Entfernung der „kleinbürgerlichen Elemente“ aus der Mitgliedschaft und der Unzuverlässigen, bei denen Wort und Tat nicht übereinstimmen, aus den Parlamentsfraktionen. Wer sich dadurch gefährdet fühlt, der mag sich selbst in bedenklicher Weise an.

Aber wir sollen uns angeblich sogar selbst als Verräter bekämpfen. Das wäre nun in der Tat eine sehr merkwürdige „Bedingung“. In Wahrheit wird von uns nur verlangt, daß

wir uns kommunistisch nennen, um auch äußerlich selbst für den einfachsten Arbeiter erkennbar zu zeigen, daß wir mit den alten sozialdemokratischen Verräterparteien nichts gemein haben. Es ist also die Scheidemannpartei, die des Verrates bezichtigt wird, durch welche der Name sozialdemokratisch geschändet wurde. Aber auch davon abgesehen, ist es nicht angezeigt, sich in der Zeit des Kampfes für die Diktatur in irgend einer Weise demokratisch zu nennen. Das Entscheidende ist in dieser Frage die sehr zu begrüßende Forderung, daß die Angehörigen der kommunistischen Internationale in jedem Lande nur eine Partei zu bilden haben. Wer sich dagegen sträubt, wendet sich gegen die Einigung des revolutionären Proletariats.

Die Bedingungen sollen ferner die Spaltung der Gewerkschaften vorschreiben. In Wirklichkeit verlangen sie das Gegenteil, nämlich das Eindringen in alle Arbeiterorganisationen. Sie wenden sich allerdings gegen die bequeme Methode, in den Gewerkschaften nur Gewerkschaftler zu sein, d. h. nur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Auge zu haben. Wir müssen auch in den Gewerkschaften nie ablassen, am Sturz des kapitalistischen Systems zu arbeiten, d. h. auch dort wie überall Kommunisten zu sein. Daß die Bedingungen gegen die Amsterdamer Internationale Stellung nehmen, ist zu begreifen, wenn man bedenkt, daß dieser Internationale schon manche Rechtssozialisten zu revolutionär sind.

Das größte Entsetzen bewirkt natürlich der Absatz 21. Aber selbst er muß entsetzt und übertrieben werden, um gegen ihn mit Aussicht auf Erfolg auftreten zu können. Er verlangt nicht den Ausschluß aller derjenigen, die gegen die Bedingungen gestimmt haben, sondern nur derjenigen, welche die Grundsätze der Dritten Internationale und der Bedingungen ablehnen. Kann man aber ernstlich verlangen, daß eine Partei, die aktionsfähig sein will, Mitglieder in ihrer Mitte duldet, die nicht auf dem Boden ihrer Grundsätze stehen?

Mit dieser Zurückweisung von Uebertreibungen und Entstellungen soll nun aber nicht der entgegengegesetzte Fehler begangen werden, die Bedingungen in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, als der Wahrheit entspricht. Die Bedingungen sind erfreulicher Weise von einer ganz außerordentlichen Klarheit und Schärfe.

Es ist eine völlige Verkennung der Sachlage, wenn mit Rücksicht auf diese Schärfe behauptet wird, nur Sklavenseelen könnten diese Bedingungen annehmen. Diese Bedingungen werden uns ja nicht von einem Feinde diktiert und niemand außer unserem eigenen Interesse und unserer Pflicht zwingt uns, in die Dritte Internationale einzutreten. Diese Bedingungen schreibt die Dritte Internationale sich selbst vor und es wäre unverantwortlich, wenn sie, um uns zum Eintritt zu verlocken, uns über ihre Grundsätze nicht völlig reinen Weineinschenken. Die Schärfe der Bedingungen rührt auch nicht aus einer Absicht, uns zu demütigen, sondern aus der Notwendigkeit der ersten Zeiten, denen wir entgegengehen und in denen Parteien der Halbheit und des ewigen Schwankens eine Gefahr bedeuten. Nur insoweit kann auch in den Bedingungen eine Demütigung erblickt werden, als darin Garantien dafür verlangt werden, daß es nicht wieder einmal bei schönen Beschlüssen bleibt, denen keine wahre innere Wandlung folgt. Kann man dies aber der Dritten Internationale verdenken? In Leipzig faßte unsere Partei Beschlüsse, die einen entscheidenden Ruck nach links bedeuteten und in der Praxis folgte ein noch stärkerer Ruck nach rechts, insbesondere in der Haltung unserer Presse. Unsere eigenen Mitglieder müßten aus sich heraus durch die Erfahrung belehrt, solche Garantien verlangen und das wäre sicherlich ehrenvoller als wenn wir erst von außen her dazu gedrängt werden müssen.

lassen wir uns nicht durch Gefühle bestimmen, sondern nur durch kühle Ueberlegung. Diese sagt uns, daß wir über kurz oder lang den schwersten Kämpfen entgegengehen, daß diese Kämpfe in allen kapitalistischen Staaten an Tiefe, Umfang und Leidenschaftlichkeit zunehmen müssen, daß wir darum eine Massenpartei mit strenger Disziplin im eigenen Volke brauchen, aber auch eine Internationale, deren Beschlüsse mehr sind, als gutgemeinte Ratschläge. Wir müssen dann freilich dieser Internationale zur Verfügung stehen, aber sie stellt dafür auch uns die Hilfe des Proletariats der anderen Völker in Aussicht. Ohne internationalen Zusammenschluß

ist unser Kampf aussichtslos. Die zweite Internationale aber ist erledigt und nur die dritte zeigt gerade durch ihre Bedingungen, daß in ihr der Geist lebt, den wir von nun an brauchen.

Danzig zur Anschließfrage

(Eigene Drahtmeldung der Freiheit.)

Danzig, 2. September.

Die Vertrauensmännerziehung der U. S. P. D., die von über 200 Genossen besucht war, nahm in ihrer letzten Sitzung Bericht von der Reichskongferenz entgegen. Nach einer ergiebigen Aussprache wurde folgender Antrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die heutige Vertrauensmännerziehung beschließt den Anschluß an die 3. Internationale, lehnt jedoch die zentralistische Abhängigkeit in den Bedingungen ab. Sie erwartet, daß die Parteitag die Zentrale beauftragt wird, eine Uebersetzung der Aufnahmebedingungen herbeizuführen.“

Veranlaßt wurde dieser Beschluß dadurch, daß es unmöglich ist, die Taktik der U. S. P. Deutschlands durch die Zentrale Moskau bestimmen zu lassen.

Die Schweiz zum Anschluß an Moskau

Basel, 8. September.

In dem Beschlusse der sozialdemokratischen Geschäftsleitung der Schweiz, bei der Gesamtpartei den Nichtbeitritt zur Dritten Internationale zu beantragen, sagt die „Bundstagwacht“: „Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet die Vernichtung der schweizerischen Partei und der Gewerkschaften. Die Bedingungen sind nicht nur praktisch unüberführbar, sondern die Anerkennung allein würde schon zu schweren inneren Konflikten führen.“ Dagegen setzt sich der Basler „Vorwärts“ für die Annahme der Bedingungen durch die schweizerische Partei ein.

Erhöhung der Brotzation

W. T. B. verbreitet folgende Mitteilung:

In der Presse sind in den letzten Tagen Mitteilungen über die Konferenz der Ernährungsminister erschienen, die so weit sie sich auf die Anträge bezüglich der Erhöhung der Brotzation und der Ausmahlung des Brotes betreffen. In der Sitzung am 1. September wurde über einen Antrag des bayerischen Ernährungsministers abgestimmt, die Brotzation vom 1. Oktober ab auf 200 Gramm zu erhöhen und den Ausmahlungssatz des Brotes von 15 Prozent auf 18 Prozent herabzusetzen. Obwohl es, wie ausdrücklich festgestellt ist, im allgemeinen in diesen Sitzungen nicht üblich ist, Abstimmungen vorzunehmen, wurden in diesem Falle doch auf ausdrücklichen Wunsch des bayerischen Ernährungsministers abgestimmt, um zu sehen, wie die einzelnen Vertreter der Länder sich zu der Erhöhung der Ration und der geringeren Ausmahlung stellen. Die Mehrheit entschied sich sowohl für die Erhöhung der Ration als auch für geringere Ausmahlung, wobei die Mehrheit für die geringere Ausmahlung beträchtlich größer war. Aus dieser Abstimmung kann aber noch nicht der Schluß gezogen werden, daß eine Erhöhung der Brotzation mit ein geringerer Ausmahlungssatz nun wirklich zur Durchführung kommt, weil die Konferenz der Ernährungsminister hierfür nicht die beschließende Instanz ist. Die Festsetzung der Brotzation und des Ausmahlungssatzes obliegt vielmehr dem Reichsministerium und Kuratorium der Reichsgroßgetreidekasse, welche die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft einzuholen haben. Es ist auch zu beachten, daß bei der Abstimmung lediglich die Zahl der Minister zum Ausdruck kam, nicht aber die Größe der Länder, wie sie beispielsweise im Reichsrat durch Verteilung mehrerer Stimmen an die Vertreter größerer Länder zur Geltung kommt.

Wir möchten der Schlussfolgerung dieser Meldung entgegen den widersprechen, daß lediglich die Reichsgroßgetreidekasse und das Ernährungsministerium über die Erhöhung der Brotzation und die Herabsetzung des Ausmahlungssatzes zu beschließen hätten. Die geschehenden Körperschaften haben dabei doch auch mitzureden. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss wird des. 16 in den nächsten Tagen eine Entscheidung zu treffen haben, an die Reichsgroßgetreidekasse und Ministerien gebunden sind.

Preisrückgang in England. Die englischen Preise sind im August nach den vorliegenden Berichten soz. ges. gesunken. Die vor einem Monat beobachteten Anzeichen für ein abfallendes Ansehen der Preise sind also bedeutend gestiegen.

Die Republik

In französischen Schulbüchern finden sich viele herrliche Schilder. Bei uns heißt man das unglücklich auch nur einen noch republikanischen Geistes, im Gegensatz, die Republik ist ein von monarchisch-bourgeoisem Spießbürgertum verfallenes, verfallenes Wesen, das hat jetzt den Verfall gemacht, ein „Republik“ von Mächtig, der Republik und der „Republik“ in Abhängigkeit von fremdlichen Herrschern zusammengefallen, was unter dem Namen „Republik“ erscheint. Das ist die Probe aus der Feder des französischen Philosophen und Abbege Compayze (geb. 1845) entnommen.

Die Republik ist die einzige Regierungsform, bei der die nationale Souveränität wahrhaftig respektiert wird.

Die Könige leiteten ihre Gewalt von irgend einem göttlichen Rechte her. Sie nannten sich die Erwählten Gottes, aber ihre Verbrechen oder Fehler, ihre Schwächigkeit oder Unfähigkeit bewiesen oft, daß sie es nicht waren. Was machte das? Sie beriefen sich auf ihre angebliche göttliche Sendung, um von ihren Untertanen einen absoluten Gehorsam zu verlangen. Der König war der einzige Herr, der einzige Herrscher, und Ludwig XIV. wagte zu sagen: „Der Staat bin ich!“

Heute bilden alle Bürger den Staat; die Gesamtheit der Nation gilt als Herrscher. Ebenso wie jeder einzelne frei ist und sich selber gehört, ist auch die Nation, welche die Vereinigung aller ist, vollkommen frei und gehört sich selber.

Der Herrscher ist nicht mehr ein einziger Mensch, der mit seinem despotischen Willen den Willen der anderen unterdrückt; der Herrscher bist du, bin ich, sind alle Bürger; und wir machen von unserer Herrschaft Gebrauch, indem wir durch das allgemeine Stimmrecht die Männer wählen, denen wir unsere Autorität übertragen, damit sie Gesetze schaffen, die dem Interesse des Landes entsprechen, und um deren Ausführung zu sichern.

Das allgemeine Stimmrecht ist das Mittel der Oberhoheit des Volkes. Das allgemeine Stimmrecht muß frei und ungehindert sein. Wenn es nicht frei ist, wenn man durch Miß oder Einschüchterung den Bürgern Abstimmlungen entzieht, die gegen ihr Gewissen sind, so liegt auf der Hand, daß die nationale Souveränität unterdrückt wird. Andererseits wird die Herrschaft des Volkes, wenn das Stimmrecht ohne Aufklärung bleibt, gar nicht falsche Wege einschlagen; sie wird sich irren und die Interessen des Landes gefährden.

„Das Volk“, sagt Montesquieu in seinem Buche: Der Geist der Gesetze, „ist souverän durch die Aeußerung seines Willens. Der Will des Souveräns ist der Souverän selber. Die Gesetze, die das Recht der Willensäußerung festlegen, sind daher in einer demokratischen Republik fundamentaler Art.“

Was man jedoch vor allem einsehen muß, ist die Tatsache, daß die Republik die einzige Regierung ist, die sich mit dem Prinzip der Oberhoheit des Volkes vereinigen läßt. Jede Monarchie steht im Widerspruch mit diesem Prinzip. In der Tat, ein Volk, das sich an eine Dynastie festsetzt, das für immer die Macht einem Manne und dem Nachfolger dieses Mannes überträgt, verzichtet auf seine Souveränität. Ein Volk ist nur souverän, wenn es in regelmäßigen und gesetzlich festgelegten Perioden die Aenderungen seines Willens offenbaren und die Macht anderen Händen anvertrauen kann.

Einige Sätze J. J. Rousseaus im gleichen Sinne seien noch angeführt:

Gegen die Despoten

Weit entfernt, daß ein König seinen Untertanen die Mittel zu ihrer Erziehung liefert: er gewinnt die feindlichen von ihnen, und ein König begnügt sich nicht mit wenigem. Die Untertanen geben also ihre Person unter der Bedingung, daß man auch ihre Habe nimmt. Ich sehe nicht, was sie übrig behalten.

Man kann sagen, daß der Despot seinen Untertanen die bürgerliche Ruhe sichert; mag sein, aber was gewinnen sie, wenn die Kriege, die ihnen sein Ehrgeiz zuzieht, wenn seine unersättliche Habgier, wenn die Plaudereien seiner Minister sie schlimmer heimgenügen, als Zwistigkeiten es vermöchten? Was gewinnen sie, wenn diese Ruhe selber eine ihrer Plagen bedeutet? Auch in den Kerker lebt man ruhig; genügt das, um sich dort wohl zu fühlen? . . .

Behaupten, ein Mensch gäbe seine Person umsonst, heißt etwas Unfassliches und Unbegreifliches behaupten; ein solcher Akt wäre ungeheürlich und ungültig, schon aus dem Grunde, weil der, der so etwas tut, nicht bei Verstande ist. Dasselbe von einem ganzen Volke behaupten, heißt ein Volk für verrückt halten; die Verirrtheit aber begründet kein Recht.

Auf seine Freiheit verzichtet, heißt auf seine Eigenschaft als Mensch, auf die Rechte der Menschheit, sogar auf seine Pflichten verzichten. Es gibt keine Entschuldigung für jemand, der auf alles verzichtet. Ein solcher Verzicht ist mit der Natur des Menschen nicht vereinbar; und es ließe, seinen Handlungen jede Sittlichkeit nehmen, wollte man seinem Willen jede Freiheit nehmen. Immer wird diese Rede gleich unvernünftig klingen: „Ich mache mit dir einen Kontrakt, der dir alle Lasten und mir alle Vorteile überweist, den ich solange beobachten werde, als es mir gefällt, und du bu solange beobachten wirst, als es mir gleichfalls gefällt.“

Bei den internierten Rotgardisten

(Von unserm Sonder-Berichterstatter.)

Krys, Ende August 1920.

Pferde

Pferde, überall Pferde geben den ersten Eindruck. Man glaubt nach Wildwest zu kommen und nicht nach einer kleinen ostpreussischen Stadt. 10 bis 15000 Pferde haben die Rotarmisten über die Grenze gebracht. Sie grasen in Rudeln weit im Land umher, und zwischen ihnen stehen deutsche und russische Soldaten, die sie hüten; sie laufen durch die Stadt, ohne Sattel und ohne Halfter, bis sie angegriffen werden; sie sind verkrüppelt im Lager, wo sie hungrig auf Laub von den Bäumen fressen; sie sind überall, Rudel um Rudel von Krys entfernt, unübersehbar und unzählbar.

Wie sie ihre Pferde lieben! Ich hörte von Kosaken, die drohend über ihr Pferd zu stehen, als wozuführen zu lassen. Ich selbst einen Kavalleristen, der seine begleitete und ihm schließliche lange nachschau, während Tränen aus seinen Augen fielen.

Die deutsche Kavallerie steht diesen Pferdewaisen fastungslos gegenüber, deren Zugehörigkeit zu den einzelnen Truppenteilen jeder Feststellung entzieht. Sie werden den Besitzern der Umgebung, die in Scharen herbeigeeilt sind, leihweise überlassen, da es unmöglich ist, im Augenblick genügend Futter heranzuschaffen. Die Väterrecht bleiben sie Eigentum Sowjet-Rußlands, aber trotzdem hoffen viele, sie endgültig zu Warenhandelpreisen erwerben zu können, und es gibt Klaffen, die, von allem Notwendigen entblößt, ihr Pferd für 200 Mark verkauft haben.

Die Bevölkerung

Was, was im Umkreis von Krys wohnt, scheint in die Staub gekommen zu sein, um die Volkswirtschaft anzusehen. Das Gute ist voll von umfangreichen Agrarier, die in Armenen Schnaps irren, und dabei ihre Sorgen austräumen; z. B. daß die Verschwendung gegenwärtig ihre bisher in Ostpreußen sehr niedrige Preise um mehr erhöhen könnte.

Die Straßen sind belebt von roten Soldaten, und allenthalben entwickeln sich Geldgeschäfte. Die beschlossene Liebenswürdigkeit der Genossen erodiert im Sturm alle Degen, und nur schwer findet die Bevölkerung sich in die Dröhlungen zurück, die ihr die Beirungen drei Jahre fernbrachten. Die Kaufleute, immer beweglich, haben zuerst mit h-n neuen Gästen abgefunden, an denen die Restauranten und Geschäfte viel verdienen. Man zählt für den Sowjet-Rußland einen Fennig, aber able Schieber nutzen die Notlage unserer Freunde auf das schäblichste aus. Eine rasch entschulte Spekulation mit tauf! Papierkassen — und auch Silber — von Jaroslavl zum Sowjetgeld, Krawatsch, Postkarten und polnischer Mark zu schändlichen Preisen. Die Rotarmisten erhalten 1200 Rubel im Monat, Spezialisten und Kommissare entsprechend mehr, aber da dieses

Die Bedingungen für die französische Partei

Das Präsidium des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale veröffentlicht an alle Mitglieder der französischen sozialistischen Partei, an alle Klassenbewegten Proletarier Frankreichs ein Schreiben, das von Sinowjew, Lenin, Serrail, Levy und Kogher gezeichnet ist.

Das Schreiben enthält zunächst eine sehr heftige Kritik der französischen Partei, die ihre Pflicht im Kampfe gegen die französische Bourgeoisie, die zu einem Volkswort der Reaktion geworden sei, nicht erfüllt habe. Während des Krieges sei das Verhalten der Führer der früheren Parteimehrheit Renaudel, Thomas, Sembat nicht besser gewesen, als das schmutzige Verhalten der Scheidemann und Koste. Die frühere Minorität habe gegen die schändliche Mehrheit nie einen prinzipiellen klaren Kampf geführt. Zur Mehrheit geworden, sehe sie dieselbe zweideutige Politik fort und spiele eine traurige opportunistische Rolle. Sie und ihre Führer wie Longuet sehen sehr nach Sozialpatrioten aus. Die französische Partei sei noch hinter den deutschen Unabhängigen zurückgeblieben, da sie sich noch nicht einmal von ihren offenen Verrätern und Sozialpatrioten losgelöst habe. „In ihrer Partei“, heißt es in dem Schreiben, „gehören noch Personen wie Renaudel, der treueste Sklave der französischen Bourgeoisie. Sie würden noch solche Verräter an der Arbeitersache wie Jouhaux und seine Gefinnungsgenossen, die sich jetzt bemähen, die gelbe Internationale der Gewerkschaften neu zu errichten. In ihrer Partei dürfen noch immer diejenigen ihrer Mitglieder verbleiben, die die Unverschämtheit hatten, bei der Abstimmung über den schmachvollen und blutig räuberischen Vertrag in der französischen Deputiertenkammer sich mit Stimmhaltung zu begnügen.“ So treibe die jetzige Mehrheit eine Politik voller Schwankungen, Zweideutigkeiten und Halschneidereien.

Diese Kritik wird nun im einzelnen ausgeführt, namentlich wird das Fehlen einer illegalen Tätigkeit, insbesondere im Bereich der Konföderation du Travail (Gewerkschaftsbund) für ihre niedrigen Verräterei an den Pranger zu stellen und den Kampf gegen sie zu eröffnen, um „die französischen Gewerkschaften von dem forumpierenden Einfluß des Kapitals zu befreien“.

Frossard hätte das ägerrde Verhalten gegenüber der dritten Internationale damit zu entschuldigen versucht, daß die größten europäischen sozialistischen Parteien bisher der dritten Internationale noch nicht beigetreten sind. Demgegenüber müßte gesagt werden: „Wenn unter den größten europäischen die vom Sozialpatriotismus verführten Parteien gemeint sind, so wünschen wir ihren Beitritt in die kommunistische Internationale nicht und werden sie nie hineinnehmen. Alle wirklichen revolutionären Parteien Europas und Amerikas sind bereits in unseren Reihen. Die kommunistische Internationale hat sich bereits zu einer solchen Macht gestaltet, daß sie für einen gewissen Teil der Sozialisten zur Mode geworden ist. Einige Anhänger des Zentrums legten sich die Bezeichnung Kommunisten zu und glauben, daß man sich der dritten Internationale anschließen kann, ohne in Wirklichkeit mit der bisherigen opportunistischen Politik zu brechen. Das kann die kommunistische Internationale nicht dulden. Wir werden unsere Organisation nicht verwässern lassen. Die kommunistische Internationale muß eine schlagkräftige internationale Gemeinschaft der kommunistischen Arbeiterklasse werden.“

Das Schreiben behandelt dann das Verhalten der Gewerkschaften und erklärt: „Die Gewerkschaften bedeuten für die Sozialpatrioten ihren letzten Stützpunkt. Die zweite Internationale als politische Organisation zerfiel wie ein Kartenhaus, die neue gelbe Amsterdamer Internationale aber ist eine zu schwache Basis für die Sozialverräter. Diese Amsterdamer Internationale ist momentan noch mehr als die Liga der Nationen schädlich und gefährlich für die Weltrevolution. Mit Hilfe der Legien, Compers und Jouhaux versucht die Bourgeoisie, aus der Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften eine ebensolche Waffe für ihre räuberischen Ziele zu machen, wie es die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt während des imperialistischen Krieges gewesen waren.“

Es seien deshalb innerhalb der Gewerkschaften kommunistische Zellen zu organisieren, die den Kampf gegen die Verräter der großen und kleinen Jouhaux führen bis zur Ver-

leinen internationalen Kurs hat, ist es für diese unmöglich, sich etwas zu kaufen, und manche lassen sich zur Vergabe von Ausdrucksgegenständen verleiten. Man wird hoffentlich mit allen Mitteln gegen die verbrecherischen Wucherer vorgehen, die auf so unrechtmäßige Weise sich selbstständig bereichern.

Lagertreibe

Diese Armee ist nicht mehr die alte zaristische. Man merkt es auf dem ersten Blick, man merkt es besonders bei einem Gang durch das Lager. Ich kam am Morgen hin; an allen Punkten wurden sich die Leute, als machten einen lauberen, freundlichen Eindruck und gaben mir liebenswürdig auf die Fragen Auskunft, die ich ihnen dolmetschen ließ. Ihre Uniformen sind nicht von der strengen Einheitlichkeit, die wir von den Armenen unter dem imperialistischen Zeitalter kennen. Aber von mehreren Seiten wurde mir erklärt, daß sie trotz ihrer Verschiedenheit und Buntheit in gutem Zustand waren, als sie ins Feld zogen.

Sie haben einen achtwöchigen Vorratsschatz hinter sich; sie haben, zuletzt ohne Ammiton, Fehnde vor und hinter sich, schwere Kämpfe durchgemacht, aber man merkt nichts mehr von Ermüdung oder gar Mangelhaftigkeit. Dabei haben sie ihre Lager wenig mehr als Stämme zu essen bekommen, da Deutschland auf den plötzlichen zahlreichen Besuch nicht annähernd vorbereitet war.

Sie sitzen und liegen in phantastischem Durcheinander mit ihren Pferden an allen freien Plätzen. An rasch entzündeten Feuer werden mit etwas Mehl und Pferdefett dreißig Kuchen gebacken. Jemand singt eine Stehharmonika und zwei Kosaken tanzen danach leuchtende Bewegungen. Einblühnen Oberkörper nähert sich an seinem Heimb. Eine Kompagnie ist angetreten. Hebräer leben und Betriebsamkeit.

Ich gehe mit einem Kommissar durch das Lager, spreche mit vielen Leuten; nicht alle sind Kommunisten, aber kaum einen fand ich, der nicht die Größe der sozialistischen Idee fühlte, und niemand zweifelte an dem schließlichen Siege des proletarischen Auslands.

Es gibt auch Frauen bei der roten Armee. Frauen verschiedener Art. Da sind bekannte Erscheinungen, Krankenschwestern, die das Gewehr abgeben am Arm tragen. Schreibmaschinenmädchen, die auch bei dieser proletarischen Armee meist nicht häßlich sind, verschönern die Stäbe. Aber das ist schließlich nichts Besonderes.

Sinowjew besonders über die Frauen, die als Soldaten ins Feld gezogen sind. Sie tun denselben Dienst wie die männlichen Genossen, aber für ihre freiwillige Reibung war häufig ein Grund bestimmend, der doch echt weiblich ist. So erzählt mir eine, ihr sei die Revolution ziemlich gleichgültig, die Erschütterung der ersten Welt habe sie kalt, sie sei mitgegangen aus Liebe zu ihrem Mann, den sie nicht verlassen wollte, und mit dem sie entschlossen sei, alles Ungemach zu teilen.

Als einziger Abzeichen tragen alle Notarissen an der Kopfbedeckung die proletarische Kolarde, einen schwarzen, rotenmalterten Stern, der in Bronze das Sowjet-Emblem, Sichel und Hammer, zeigt. Auf einem anderen Abzeichen steht man die rote Fahne mit der flammenden Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“ Danus, Erich Kaminski.

jugung der sozialverräterischen Führer. Denn nur gegen diese sei eine Revolution möglich. „Die roten Gewerkschaften begannen sich jetzt im internationalen Maßstabe zu organisieren. Auf die Initiative des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale schufen die linken Gewerkschaften Italiens, Rußlands und Englands einen Dreieck, der im August oder September seinen internationalen Kongress der roten Gewerkschaften haben wird. Er soll das Gegengewicht gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften darstellen. Unterstützt dieses Unternehmen in Frankreich! Bringt es soweit, daß eure Syndikate sich der Internationale der roten Gewerkschaften anschließen und ein für alle mal mit den gelben brechen! Das ist die Aufgabe der aufrichtigen Revolutionäre in Frankreich.“

Das Schreiben wendet sich dann der Frage des Anschlusses zu. Es wiederholt, daß die französische Partei hinter den deutschen Unabhängigen zurückgeblieben sei und fordert mit größtem Nachdruck den Ausschluß von Longuet. „Wir erklären mit voller Bestimmtheit, daß trotz des Kampfes, den Longuet für die russische Revolution führt, trotz des Befehnisses seines Mundes zur Diktatur des Proletariats wir nach der ideologischen Position und der ganzen Tätigkeit des Longuet sowohl in der Presse wie im Parlament in ihm den zweiten Kautsky sehen. Ja, es ist unvermeidlich, daß Sie mit einer Reihe Ihrer rechtsstehenden Führer, die bis zum Mark ihrer Knochen vom Reformismus infiziert sind, brechen.“

Die Hauptsache sei aber, die reformistischen Traditionen aufzugeben. Man verlange von der Partei nicht, daß sie sofort eine „Sowjet-Revolution“ mache, aber sie müsse eine rücksichtslose Propaganda für die Ideen der proletarischen Diktatur und des Kommunismus treiben. Tachin und Frossard hätten sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt. Das Schreiben fährt dann fort: Der Kongress werde das Exekutivkomitee benachrichtigen, die französische Partei anzunehmen, wenn sie „die vom Kongress gestellten Bedingungen annehmen und durchführen wird.“

Wir bestätigen voll und ganz unsere Antwort an die deutschen Unabhängigen, die auch in der französischen kommunistischen Presse abgedruckt war. Diese Antwort war fast im selben Maße auch an Sie gerichtet, d. h. an die Mehrheit der französischen sozialistischen Partei.

Den besonderen Verhältnissen in Frankreich entsprechend stellen wir folgende 10 Punkte auf:

1. Die französische sozialistische Partei muß den Charakter ihrer täglichen Propagandaarbeit und ihre Agitation in der Presse radikal ändern, im dem Sinne wie wir schon oben ausgeführt haben.

2. In der Frage der Kolonien ist eine deutliche und klare Linie für die Parteien von großer Wichtigkeit, besonders in jenen Ländern, deren Bourgeoisie ihre Macht auch über Kolonialländer ausdehnen. Die französische Partei muß rücksichtslos die Machenschaften der französischen Imperialisten in Bezug auf die Kolonien enthüllen, muß nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten die Befreiungsbewegung in den Kolonien unterstützen, muß die Jede Popularisieren: „Fort mit den Imperialisten aus den Kolonien“, muß die Arbeitermassen Frankreichs zu einem aufrichtig brüderlichen Verhalten gegenüber den Arbeitermassen der Kolonien erziehen und eine systematische Agitation im französischen Heere gegen die Unterdrückung der Kolonialbevölkerung treiben.

3. Die französische Partei muß die Verlogenheit und die Heuchelei des Sozialpazifismus enthüllen, muß den Arbeitern systematisch beweisen, daß ohne revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus alle internationalen Schiedsgerichte, alles Reden von Verminderung der Waffen die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen nicht zu retten vermögen.

4. Die französische sozialistische Partei muß mit der Organisation der revolutionären kommunistischen Elemente innerhalb der Allgemeinen Arbeitskonföderation den Kampf gegen die sozialverräterischen Führer der Konföderation beginnen.

5. Die französische sozialistische Partei muß nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich die Unterwerfung der parlamentarischen Fraktion unter die Partei im allgemeinen aus Strengste durchzuführen. Sie muß nur jene Deputierten der Fraktion anerkennen, die gewissenhaft sich an die Beschlüsse der Partei halten und ihre ganze parlamentarische Arbeit im oben erwähnten Sinne einstellen.

6. Die heutige Mehrheit der französischen sozialistischen Partei muß ihr Verhalten gegen den linken kommunistischen Flügel der französischen Arbeiterbewegung ändern. Die Partei muß die Spalten ihrer Blätter den Kommunisten öffnen. Die jetzige Mehrheit muß aufrichtige Annäherung an die kommunistischen Elemente Frankreichs suchen.

7. Die französische Partei muß radikal mit dem Reformismus brechen und muß die systematische Entfremdung aller jener Elemente, die den neuen Weg zu beschreiten nicht fähig sind, durchführen.

8. Die französische Partei muß auch ihren Namen ändern und sich vor der ganzen Welt als kommunistische Partei Frankreichs bekennen.

9. Die französischen Genossen müssen die Notwendigkeit der gleichzeitigen legalen und illegalen Arbeit in einer Epoche, in der die Bourgeoisie den Belagerungsstand über die Arbeiter und ihre Führer verhängen, anerkennen.

10. Die französische Partei, wie alle Parteien, die sich der dritten Internationale anschließen wollen, muß die Gültigkeit der Beschlüsse der kommunistischen Internationale anerkennen. Die kommunistische Internationale anerkennt durchaus die Verschiedenheit der Verhältnisse, unter denen die Parteien der verschiedenen Länder zu kämpfen haben. Die Kongresse der kommunistischen Internationale werden diesen Umstand stets auf die Wagschale legen und allgemeine Beschlüsse nur dann und nur in solchen Fragen annehmen, wo für ihre Durchführung keine Hindernisse vorliegen.

Wir bitten Sie, alle französischen Arbeiter von dieser unserer Antwort zu unterrichten.

Die Franzosen und Moskau

Sitzung des Parteiausschusses

9. Sept., 8. September.

Der sozialistische Parteiausschuss verhandelte gestern über die von Frossard der französisch. Partei für den Beitritt zur 3. Internationale überbrachten neuen Punkte. Es soll laut Welt Parissienne, in dieser Verhandlung sehr lebhaft zugegangen sein. Wleberholt wurde die Frage gestellt, ob diese neun Punkte die so b. fähigen Bedingungen darstellen, da man der deutschen Unabhängigen Partei 21 Punkte gestellt hat und das französische kommunistische Organ gegen 18 Punkte veröffentlicht hat. Frossard erklärte, daß diese neun Punkte als die endgültigen Bedingungen Moskaus anzusehen seien. Der Ausschuss beschloß, die ganze Partei über den Beitritt zur dritten Internationale entscheiden zu lassen und den Bericht möglichst bald drucken zu lassen.

Betriebsräte

Achtung! Betriebsräte!

Am Dienstag, den 14. beginnen in der Rätehschule folgende Kurse: Elementarrechnen: Winkelmann. Beginn 5 Uhr, Zimmer 28. Weltwirtschaftliche Beziehungen: Winkelmann. Beginn 7 Uhr, Zimmer 28.

Am Mittwoch, den 15.: Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus: Winkelmann. Beginn 5 Uhr, Zimmer 28. Sozialistische Wirtschaftsorganisation (Sozialisierung der Industrie): Lehrling. Beginn 7 Uhr, Zimmer 33.

Rechte und Pflichten der Betriebsräte: Schönbeck. Beginn 7 Uhr, Zimmer 34.

Schriftlicher und mündlicher Ausdruck: Kestler. Beginn 7 Uhr, Zimmer 35.

Klassenkampfschulung, Gesamtunterricht. Beginn 7 Uhr, Zimmer 27.

Sämtliche Kurse finden hinter der Garnisonkirche 2 Ratt. Anmeldeungen unbeding bis Sonnabend, den 11., nachmittags 4 Uhr im Bureau der Rätehschule, Münzstr. 24.

Gewerkschaftliches

Die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel

Nach der Unionsdruckerei in der Hasenheide hatte die Branchenleitung der Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel des Deutschen Transportarbeiterverbandes ihre Mitglieder zu einer Versammlung gerufen, um zu der Kündigung des Lohnvertrages durch den Arbeitgeberverband im Einzelhandel Stellung zu nehmen. Der Referent Polmeier führte zu Beginn seines Referates aus, daß der Arbeitgeberverband im Einzelhandel sich der Einzelhandelsgewerkschaft angeschlossen hat und daß dieselben Vertreter der Arbeitgeber, mit denen man bisher verhandelt hat, jetzt als Tarifkommission der Einzelhandelsgewerkschaft auftreten. Als einziger Grund für die Kündigung des Tarifvertrages kann nur der Vorschub in Frage kommen, da man auch den Handlungsgehilfen den Tarif gekündigt hat. Der Arbeitgeberverband hat in den letzten Monaten eifrig gearbeitet, ungeheure Summen sind ihm zugesprochen, jedoch seine Streikliste gefüllt ist, und er bereit ist, im Falle eines Streiks seine Mitglieder auch den Verdienstausschlag zu ersetzen.

Die angebahnten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind jedoch daran gescheitert, daß der Christliche Transportarbeiterverband mit seiner sehr geringen Mitgliederzahl als Tarifkontrahent auftrat. Die Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes lehnten entschieden ein gemeinsames Verhandeln mit dem Christlichen ab. Jederzeit zum Verhandeln bereit, im äussersten Fall auch zum Kampf bereit, ist die Devis für die kommende Zeit.

Ortmann gab dann den Bericht der Lohnkommission über die Sonnabendkundung beim Arbeitgeberverband. Trotz des vorherigen Ablehnens des Christlichen waren die Christlichen mit ihrem Vorsitzenden Kahn doch zu den Verhandlungen erschienen. Erst als wiederholt die Vertreter des Transportarbeiterverbandes die Unannehmlichkeiten der Christlichen in Zweifel zogen, und auf Grund der minimalen Mitgliederzahl dieses Vereines sich beharrlich weigerten, mit ihnen gemeinsam in Verhandlungen einzutreten, sagten die Arbeitgeber, die schon geneigt waren, mit den Christlichen zu verhandeln, den Beschluß, die Christlichen, ob der Christliche Transportarbeiterverband eine Gewerkschaft ist, den unangehenden Stellen zu überlassen. Das Auftreten der Christlichen, die auf ihrem letzten Kongress für Aushebung des Achtstundentages sich aussprachen, hatte die Wirkung, die Arbeitgeber in ihrem Bemühen, die Verhandlungen zu verschleppen, auch noch zu unterstützen. Die freien Gewerkschaften in Berlin haben es bisher nicht abgelehnt, die Christlichen als Tarifkontrahent anzuerkennen. Deshalb konnte auch diesmal von diesem Standpunkt nicht abgewichen werden. Das Ziel der Arbeitgeber ist der Lohnabbau. Denselben muß unseren Gegnern jedoch unerschütterlicher Wille zum Bewußtsein gebracht werden, daß erst ein Sinken der Lebensmittelpreise und der übrigen Kosten der Lebenshaltung eintreten muß, ehe daran zu denken ist. Die Gefahr ist groß. Alle Säuern müssen noch in letzter Stunde herangeholt werden, um auch erfolgreich die Aktion, in die man eingetreten ist, zu beendigen.

Als Diskussionsredner lehnten es ab, mit den Vertretern des Christlichen Transportarbeiterverbandes, den Gemüchlichen der Arbeiterbewegung, sich an einen Verhandlungstisch zu setzen. Einstimmig wurde eine Resolution im Sinne des Referats angenommen.

Polmeier teilte dann den Lohn-Tarifvertragsentwurf mit. In der Diskussion wird sowohl eine Ausweitung der Stofflage bei den Arbeitern als auch eine Familienzulage gefordert. Da vor der Familienzulage von verschiedenen Rednern als zweifelhafte Waffe gewarnt wird, wird der dahingehende Antrag der Lohnkommission als Material überwiesen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden noch organisatorische Branchenangelegenheiten erörtert.

Lohnbewegung in der Damenkonfektion

Die Verteilung der diesjährigen und photographierten Modenschöpfungen wird in einem Ausdrucksystem beiraten. Das gegen über den Verufen in nichts zurückbleibt. Die Unternehmer dieser Branche, die in der Konjunktur Riesengewinne eingefekrt haben, möchten am liebsten in der Zeit der Stagnation den bescheidensten Tarifvertrag beschließen, um, wie in der guten alten Zeit, unbeschäftigt andeuten zu können. Nur mit Mühe konnte der Verband der Beschäftigten eine Verlängerung des Tarifes unter der Bedingung durchsetzen, daß die vielfach veralteten Bestimmungen einer Revision unterzogen werden. Es sind sehr beschwerde Kenderungen, die verlangt werden: Die Erhöhung des Rohmaterials, auch für das erste Stück, Erhöhung der Lebensmittelpreise, Bezahlung der Feiertage. Ferner Einführung einer Stundenberechnung und eine Kontrolle über die Einhaltung der tatsächlichen Löhne.

In mehreren Versammlungen, die Montag- und Dienstagabend stattfanden, haben die Berufsangehörigen zu diesen Fragen Stellung genommen und folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammelten sprechen aus, daß das scharfe ablehnende Verhalten der Arbeitgeber, insbesondere des Zwischenmittlers, wieder einmal gezeigt hat, es gibt für die Arbeiterschaft nur einen Feind, das ist das Unternehmertum! Die in der Damenkonfektion beschäftigten Schneider und Schweißbetinnen richten an die Arbeitgeberorganisationen noch einmal die Forderung, den jetzigen teuren Lebensverhältnissen bei der Revision des Tarifvertrages Rechnung zu tragen. Würden die Damenmädchenselbständigen sowie die Zwischenmeister dieser Forderung nicht entsprechen, hätten sie es sich selbst aufzuschreiben, wenn zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Spannung Platz greift, die ein Tages für die Arbeitgeber unangenehme Folgen zeitigen würde.“

Die Betriebsorganisation in der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. In der Versammlung der Betriebsfunktionäre, die am 1. September in der „Neuen Welt“ stattfand, war von dem Referenten Genossen Frick Schmidt sowohl wie von dem Vorsitzenden Genossen Sabath darauf hingewiesen worden, daß u. a. auch in der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin die Betriebsorganisation stark vertreten sei.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beföbung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspriesen.
Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 14.

